



## **GEMEINSAME ERKLÄRUNG**

der Kreisverbände  
der Jusos in der SPD,  
der Jungen Union Deutschlands,  
der Jungen Liberalen und der Grünen Jugend  
in der Stadt Hamm  
sowie der Initiative Jugendparlament e.V.

### **über die Initiierung eines Jugendparlaments in Hamm**

#### **Präambel**

Jugendbeteiligung ist ein unabdingbares Merkmal jeder demokratischen Gesellschaft. Doch wenn es um politische Entscheidungen mit Bezug auf Jugendliche geht, hört man häufig von einer Jugendpolitik und viel seltener von einer Politik der Jugend. Die altersbedingt nicht Wahlberechtigten werden regelmäßig zu einem politischen Objekt und besitzen wenige politische Mitbestimmungsrechte. Eine der wichtigsten Limitationen der politischen Jugendpartizipation ist mit dem Mangel an einem konstruktiven und verbindenden Dialog verbunden. Um diesen Mangel zu beseitigen, braucht es etablierte politische Jugendvertretungen, deren Entscheidungen einen verbindlichen Charakter haben. Am besten eignet sich dafür nach Ansicht der unterzeichnenden Organisationen das Format eines Jugendparlaments.

Mit einem Jugendparlament wird eine zusätzliche deliberative Arena geschaffen und die politische Öffentlichkeit auf jüngere Bezugs- und Beteiligungsgruppen ausgeweitet. Dadurch können die Interessen der Jugend besser artikuliert werden, was einen Gewinn an Repräsentation bedeutet. Diese institutionalisierte Form der politischen Jugendbeteiligung hat sich längst in vielen deutschen Kommunen als ein wirksames demokratisches Instrument erwiesen und bietet zahlreiche Vorteile nicht nur für die jüngere Generation, sondern auch für die jeweilige Gemeinde insgesamt.

#### **Initiative**

Die Kreisverbände der Jusos in der SPD, Jungen Union Deutschlands, der Jungen Liberalen und der Grünen Jugend in Hamm sowie die Initiative Jugendparlament e.V. bekunden hiermit ihr ausdrückliches Interesse an der Gründung eines Jugendparlaments in Hamm. Außerdem bekräftigen sie ihre Bereitschaft, an den notwendigen vorbereitenden Maßnahmen und dem Gestaltungsprozess aktiv und gemeinschaftlich mitzuwirken.

An dieser Stelle soll der überparteiliche Ansatz dieser Initiative betont werden, der zum einen den allgemeinen Bedarf an einem starken demokratischen Mechanismus für die Jugendbeteiligung in Hamm widerspiegelt und zum anderen von einer konstruktiven Einstellung der Unterzeichnenden zur parteiübergreifenden Zusammenarbeit zeugt. Dieses Kollegialitätsprinzip ist insoweit von Bedeutung für die beteiligten Parteijugendorganisationen, als es in eine offene und pluralistische Herangehensweise zur Etablierung des Jugendparlaments mündet und somit für die Einhaltung des demokratischen Grundsatzes sorgt. Dieser Grundsatz gehört zum Selbstverständnis von allen unterzeichnenden Akteuren und soll auch in der Zusammensetzung des Gremiums seinen Ausdruck finden. Es wird eine Beteiligung aller

demokratischen Kräfte und repräsentative Vertretung der Jugend angestrebt. Dies bedeutet eine Teilnahme der vertretenden Mitgliedern von Parteiorganisationen, Vereinen und allgemeinbildenden- sowie Berufsschulen.

### Umsetzung

Das Jugendparlament soll unter Berücksichtigung der geltenden rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung von Jugendvertretungen und nach Vorbild bereits erfolgreich etablierter Jugendparlamente in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern Deutschlands entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund erwarten die Unterzeichnenden, dass das künftige Gremium effektive und greifbare Partizipationsmöglichkeiten bieten wird und in langfristiger Perspektive einen Mehrwert für die politische Kultur und Repräsentation in der Stadt Hamm schafft.

Damit dieses anspruchsvolle Ziel realisiert wird, soll das Jugendparlament mit möglichst breiten Kompetenzen ausgestattet werden. Dazu gehören nach Auffassung der Unterzeichnenden neben den Anhörungs-, Empfehlungs-, Antrags-, Rede- und Initiativrechten die Möglichkeit der Teilnahme an Ausschusssitzungen des Stadtrats, sowie die eigenständige Finanzführung. Die konkreten Rechte und Funktionen des Gremiums sollen unter Beteiligung unterschiedlicher, die Perspektive der Jugend abbildender Organisationen beraten und von dem Stadtrat legitimiert werden. Diese gilt es anschließend in einer konstituierenden Gremiumssitzung zu bestätigen.

Die Unterzeichnenden sehen zudem eine Aufgabe des Stadtrats darin, neben dem Kompetenzspektrum auch über das Zusammensetzungsmodell und die Finanzierungsmodalitäten zu beraten. Hier gilt es insbesondere, die entstehenden Kosten einzuschätzen und die Aufwendungen für das Jugendparlament im jährlichen Haushalt einzuplanen. Zusätzlich bestünde Bedarf an der Zurverfügungstellung eines Veranstaltungsortes, an einer Unterstützung bei den ersten Wahlen, sowie an kontinuierlicher pädagogischer Begleitung. Die Unterzeichner plädieren für eine zeitnahe Berücksichtigung der Initiative seitens der Verwaltungsorgane in Hamm und hoffen auf ihre baldige Umsetzung.



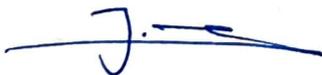
Vincent Schnatz - VORSITZENDER, JUSOS Hamm



Annabelle-Christin Kovacs - STELLVERTRETENDE VORSITZENDE, JU Hamm



Leon Pfeifer - VORSITZENDER, Grüne Jugend Hamm



Jason Zey - VORSITZENDER, JULIS Hamm



Arian Aghashahi - VORSITZENDER, Initiative Jugendparlament